Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 78. Sonnabend, 31. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 65. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Auflösung des Deutschen Reichstags.

Berlin. (Funkspruch.) In der heutigen Reichstagssitzung verlas Reichskanzler Dr. Marx kurz nach 12 Uhr nach einer kurzen Ansprache, in der er die Arbeiten des Reichstages würdigte, die Verordnung des Reichspräsidenten, durch die der Reichstag aufgelöst wird.

*

Ein Nekrolog.

Der alte Reichstag hat seinen Todeskampf beendet. Das Vultdeckelgerassel, aufgepeitschte Wahlleidenschaften, Obstruktion, Prügelszenen, ein Radau, schier abgeleitet aus dem Tohuwabohu lärmdurchtobter Sechstagerennen, bildeten das Grabgeläut. Der alte Reichstag hat seine ihm noch gestellten vordringlichen Arbeiten beendigt, weil er sie beendigen mußte. Weil ein Hindenburg klipp und klar erklärt hatte, daß er seine Unterschrift unter das Auflösungsdekret niemals setzen würde, wenn diese müde Maschinerie des alten Reichstages das letzte, was ihr aufgetragen war, nicht bewältigen sollte. So peitschte sich in den letzten Wochen das Parlament selbst noch einmal auf. Und leistete in Monatsfrist, was es sonst in anderen Zeiten in einer doppelten oder dreifachen Frist nicht geleistet hätte. Der Etat ist angenommen. Das Notprogramm ist bewilligt. So hat denn zum mindesten das deutsche Volk nicht die allergrößten Kosten dieses frühzeitigen Reichstagsschlusses zu tragen. Und wenn die schwer um ihre Existenz ringenden Bauern durch die Bewilligung der Notstandskredite in den nächsten Monaten eine gewisse Erleichterung zu spüren bekommen, wenn die verarmten Liquidationsgeschädigten wenigstens ein geringes Entgelt für ihre Opfer noch vor Toresschluß erhielten, so verdanken sie dies weniger der Einsicht des nunmehr aufgelösten Parlaments als wohl in der Hauptsache dem Willen und der Tatkraft Hindenburgs, dessen energisches Eingreifen in die Krise vor Monatsfrist den Reichstag zwang, solange bei der Stange zu bleiben, bis diese Maßnahmen zur Linderung einer großen Not Gesetz wurden.

Ueberblickt man die Gesamttätigkeit, das Gesamtwirken und die Gesamterfolge dieser letzten Reichstagssession, so wird man bei einer objektiven Bewertung aller Tatsachen zu einem Urteil zu kommen haben, das sich nicht gerade schmeichelhaft für die Geschehnisse, Ereignisse und Versäumnisse dieser Periode eines deutschen Parlamentarismus ausspricht. Es wäre falsch, wollte man den einzelnen Fraktionen oder Koalitionen oder Gruppierungen den Alleinvorwurf für die Unzulänglichkeiten eines Parlaments aufbürden, das sich auf einem System aufbaut, das sich schon durch seine praktische Erprobung und Belastung als stark reformbedürftig erwies. Die Chronik der letzten Reichstagssession enthält Momente, die entschieden Ansätze zu einem guten Willen, zu einem sachlichen Wirken, zu einem objektiven Werten enthielten. Aber diese Ansätze blieben nur Ansätze, sie erstickten in den Erwägungen, Bedenken, in der Diplomatie einer Parteipolitik, einer Kompromißpolitik mit all ihren Fehlern und Unzulänglichkeiten. Auch hier suche man die Grundursachen nicht in einem bösen Willen oder gar in einer Unfähigkeit der gesetzgebenden Körperschaft, mehr in der unerfreulichen Konstellation, die die letzten Reichstagswahlen erbrachten, in der Unklarheit über die tatsächlichen Machtverhältnisse; in den ungünstigen Parteigruppierungen, die die Konstituierung einer dauerhaften und kräftigen Mehrheitsregierung nicht erlaubten. Diese Erkenntnis zwingt auch zu einer Folgerung. Die Praxis aus dieser Folgerung hat der 20. Mai zu bringen. Hier, am Tage der Wahl des neuen Reichstages, ist es den Wählern in die Hand gegeben, bessere Grundlagen für eine wirksamere und bessere gesetzgeberische Tätigkeit eines neuen Parlaments zu schaffen. Sie haben gesehen, wie eine starke Staatsautorität, hier repräsentiert durch die Persönlichkeit eines Hindenburgs, Kraftvolles und Fruchtbares leisten konnte. Wenn sie sich das energische Eingreifen des Reichspräsidenten in die letzte Krise des Parlaments und die Folgen dieses Eingreifens vor Augen halten, dann werden sie auch wissen, wie sie am 20. Mai ihre Pflicht zu erfüllen haben.

Der unter Lärmgetöse zu Grabe getragene letzte Reichstag ist durch die Wahlen am 7. Dezember 1924 geboren worden. Auch sein Vorgänger trug die Krankheitssymptome einer Unzulänglichkeit. Er und sein Erbe verfielen beide dem Los einer frühzeitigen Auflösung. den Krankheitskeim des letzten Reichstages brachte schon das Ergebnis der Wahlen im Jahre 1924, die keine Besserung oder Stabilisierung der Mehrheitsverhältnisse erbrachten. Die Symptome des Uebels zeigten sich schon in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch des jungen Reichstags. Die Bemühungen des Demokraten Koch, die alte große Koalition wieder auferstehen zu lassen, scheiterten. Aus den Trümmern dieser Erfolglosigkeiten tauchte das zweite Kabinett Luther auf, eine Minderheitsregierung, die immerhin sich zu halten wußte, weil sie unter der Führung einer starken und energischen Persönlichkeit stand. Die Amtstätigkeit dieses Kabinetts war einer der wenigen Lichtblicke der dahingeschiedenen Reichstagssession. Daß sie so schnell dem deutschen Volke verloren ging, verdankt sie Umständen, die schlaglichtartig die verworrenen Parteiverhältnisse Deutschlands erhellen. Eine Bagatelle, die Flaggenverordnung Dr. Luthers, brachte den Sturz. Zwar nicht den Sturz dieses Kabinetts, aber den Sturz seines Führers. Marx wurde Nachfolger. Gestürzt durch ein Mißtrauensvotum der Deutschnationalen, Sozialdemokraten, Völkischen und Kommunisten beendigte es eine Regierungsepoche wenig sichtbarer Erfolge. Als dritte und letzte Regierung dieses Reichstags kam ein gewandelter Marx mit einer parlamentarischen Grundlage aus Deutschnationalen bis zum Zentrum. Also eine Mehrheitsregierung, die die wichtigsten Probleme hätte bewältigen können, wenn die Auseinandersetzungen über die Gestaltung des Schulgesetzes das Auseinanderfallen dieser Koalition nicht bedingt hätte. Wenn man dieser letzten Regierung einen üblen Nekrolog ersparen kann, so liegt das nicht zum mindesten in der Tatsache, daß sie wenigstens versucht hat, das Versprechen Weimars, das endgültige Schulgesetz, einzulösen. Welche Umstände das Scheitern des Schulgesetzes bedingten, weiß man. Ebenso wie man weiß, daß diese Schuld nicht in diesem Kabinett zu suchen ist. Nur in der Erbschaft, die es übernahm.

*

Stimmungsbild aus dem Reichstag

vom 30. März 1928.

vdz **Berlin.** Bei der Fortsetzung der dritten Beratung des Etats für 1928 wurde auch die am Donnerstag durch die abendlichen Tumultszenen unterbrochene erregte Auseinandersetzung über die Amnestiefrage fortgesetzt. **Es ging wiederum recht lebhaft zu. Die Ausführungen der Parteirednner wurden von den Freunden mit Beifallsklatschen, von den Gegnern mit Pfuirufen begleitet.** Immerhin beschränkten sich die feindlichen Lager auf den Austausch von Unhöflichkeitsbezeugungen, **zu Tätlichkeiten kam es zum Glück nicht mehr.**

Der sozialdemokratische Abg. **Landsberg** erklärte, seine Freunde könnten nicht für eine Amnestie der Fememörder stimmen, weil sonst ein Freibrief für die Ermordung von Proletariern gewährt würde. — Die demokratischen Abg. **Dr. Heuß** und **Koch-Weser** interpellierten den Reichsjustizminister Hergt, wie er als Führer der Deutschnationalen Volkspartei es verantworten könne, daß seine Fraktion in Einheitsfront mit den Kommunisten einen Antrag einbringe, der die Staatsautorität gefährdet. — **Reichsjustizminister Hergt** antwortete, als Minister sei er keineswegs die Puppe seiner Partei. Er entscheide im Kabinett nach eigener Ueberzeugung. Er kenne zwar die Volksstimmung, die einen Strich unter alles machen wolle, was in der Vergangenheit aus den Irrungen und Wirrungen früherer Jahre entstanden sei. Er habe im Ausschuß auch die Bedenken gegen eine allgemeine Amnestie ausgesprochen; nach altem Brauch übe die Regierung aber Zurückhaltung, wenn es sich um Initiativanträge handele.

In namentlicher Abstimmung wurde der sogenannte Kompromißparagraph des kommunistischen Amnestieantrages, der Strafmilderungen auch für politische Mörder vorsieht, mit 243 gegen 132 Stimmen der Kommunisten und der Rechten bei fünf Enthaltungen abgelehnt. Damit war die Amnestie-Vorlage für die Deutschnationalen und Völkischen unannehmbar geworden und in der Schlußabstimmung wurde die ganze Vorlage in dritter Lesung mit 226 Stimmen gegen 140 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei neun Enthaltungen abgelehnt.

In der **Justizdebatte** antwortete der Deutschnationale Abg. **v. Freytagh-Loringhoven** auf die Vorwürfe, die ihm gestern vom Abg. Dr. Kahl (DVp.) gemacht worden waren. Der Schlußsatz seiner Rede, der dahingeht, daß Dr. Kahl die Schonung mißbrauche, die ihm wegen seines Alters gewährt werde, führte zu stürmischen Entrüstungskundgebungen der Mehrheit und wurde vom Präsidenten Löbe mit einem Ordnungsruf gerügt.

Es gab dann noch eine persönliche Auseinandersetzung über die politische Vergangenheit des deutschnationalen Abg. **Dr. Berndt.** Dr. Berndt bestritt entschieden, daß er jemals Demokrat gewesen sei. Von sozialdemokratischen Rednern wurde ihm erwidert, er habe, als er auf sozialdemokratische Empfehlung hin einen Berliner Stadtratsposten erhielt, vorher in persönlichem Verkehr mit Sozialdemokraten sich politisch so geäußert, daß man ihn für einen Sozialdemokraten oder Demokraten hätte halten müssen.

Nach der Erledigung des Justizetats, entwickelte sich beim Verkehrsetat eine kurze Aussprache, in der die Redner aller Parteien sich **energisch gegen die von der Reichsbahn geplante Tariferhöhung wandten.** — Auch Reichsverkehrsminister **Dr. Koch** erklärte, er werde nicht die Zustimmung der Reichsregierung zu einer Tariferhöhung befürworten, denn **die finanzielle Entwicklung der Reichsbahn geplante denn die finanzielle Entwicklung der Reichsbahn sei in diesem Jahre günstiger als im vorigen.**

Einstimmig angenommen wurden Entschließungen der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, die sich gegen eine Tariferhöhung wendeten.

Als ohne Debatte auch die übrigen Etats und das Haushaltsgesetz erledigt waren, wurde in der namentlichen Schlußabstimmung der Etat für 1928, mit dem durch den Ergänzungsetat auch das Notprogramm verbunden ist, mit 200 gegen 170 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Gegen den Etat stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftspartei, Kommunisten und Nationalsozialisten.

Nach der debattelosen Annahme des Nachtragsetats für 1927 und der Novelle zum Tabaksteuergesetz war die Tagesordnung, und damit auch das ganze Arbeitsprogramm des Reichstags bis auf die dritte Lesung des Vertrags mit Griechenland erledigt.

Aus den Reichsratsausschüssen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Reichsratsausschüsse, die am Freitag noch bis in die späten Abendstunden die vom Reichstage verabschiedeten Etats durchberaten hatten, wobei **namentlich über den neuen Panzerkreuzer in Gegenwart des Reichswehrministers Dr. Groener erregte Debatten geführt** wurden, setzten heute Sonnabend in aller Frühe ihre Arbeit fort. Um 11 Uhr begann die Vollsitzung des Reichsrats, um eine wichtige Erklärung des preußischen Ministerialdirektors Dr. Brecht entgegenzunehmen.

Berlin. (Funkspruch.) Der **Reichsrat** erteilte in seiner heutigen Sitzung **dem Handelsvertrag mit Griechenland die verfassungsmäßige endgültige Zustimmung** und zwar ausnahmsweise in diesem Falle einmal, obwohl der Reichstag den Vertrag noch nicht endgültig verabschiedet hat. Aenderungen an dem Vertrage dürfen bekanntlich nicht vorgenommen werden.

*

Landwirtschaftlicher Kontrollausschuß.

Berlin. (Funkspruch.) Der 33. Ausschuß des Reichstages, dessen Tätigkeit der **Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogrammes** gewidmet ist, trat heute zu seiner **ersten Sitzung** zusammen.

Reichsernährungsminister Dr. Schiele legt einen Plan für die rechtzeitige Erledigung der Aufgaben des Ausschusses vor an der Hand von Richtlinien über die Verwendung der bereitgestellten Reichsmittel und der mit Reichsgarantien ausgestatteten Darlehen für die Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch, sowie für Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) empfiehlt zunächst, sich mit dem Reichsrat über die Erledigung der Aufgaben zu einigen.

Minister Schiele erklärt sich damit einverstanden. Nach längerer Aussprache zur Geschäftsordnung vertagt sich der Ausschuß bis nach der heutigen Plenarsitzung. Inzwischen soll die Meinung des Reichsrates eingeholt werden.

Die Tagung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes.

)(**Genf.** Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbunds, an dessen Tagung als deutsches Mitglied Staatssekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium teilnahm, hat sich in seiner gestern beendeten Tagung vornehmlich mit den Studien der Fragen befaßt, die sich aus den **Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz,** insbesondere in **handelspolitischer Hinsicht,** ergaben. Hierbei spielte die Frage der Vereinheitlichung der Tarifsysteme in den verschiedenen Ländern und die Frage der Bereitschaft der Länder, eine Herabsetzung der Tarife vorzunehmen, eine Rolle. Weiter wurde die Meistbegünstigungsklausel gestreift. Insbesondere wurden Untersuchungen darüber angestellt, ob sich gewisse Schwierigkeiten aus der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel, die Tarifherabsetzungen hindernd im Wege stehen, beseitigen lassen. Da ein die Meistbegünstigung gewährender Staat automatisch Tarifherabsetzungen allen meistbegünstigten Staaten gewähren muß, hat man untersucht, ob nicht gewisse Ausnahmen von dem Recht der Meistbegünstigung anerkannt werden sollen. Weiter beschäftigte man sich mit der Regelung des internationalen Fremdenrechts.

Eine Kommission zur Prüfung des Beschaffungswesens bei der Reichsbahn.

X **Berlin.** Um Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten im Beschaffungsplan soweit als möglich aufzuklären und abzustellen, ist, wie gemeldet, in Ergänzung des bestehenden regelmäßigen Prüfungsverfahrens durch den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine **besondere Kommission aus Fachbeamten eingesetzt.** Diese besteht aus dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe Freiherr von Eltz-Rübenach als Vorsitzenden, dem Direktor bei der Reichsbahn Meinecke, dem Reichsbahnrat Dr. Koch von der Reichsbahndirektion Berlin und dem Direktor des Hauptprüfungsamts der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Windscheid.

Der Ausschuß soll in engem Zusammenhang mit der Kommission arbeiten, die zur Zeit im Auftrage der Hauptverwaltung unter dem Vorsitz des Reichssparkommissars und Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches Saemisch und unter Beteiligung namhafter Wirtschaftler prüft, ob die Organisation des Reichsbahn-Zentralamts und die Kontrollmaßnahmen in dessen Beschaffungswesen einer Aenderung bedürfen.

SLUB
Wir führen Wissen.